

VORTRAG VON HERRN DR. GUIDO BRUNNER, MITGLIED
DER KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,
AUF DER TAGUNG DER ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTEN-
GROSSHÄNDLER IN LINDAU AM 11. OKTOBER 1979

ZU FRAGEN DER ENERGIEPOLITIK UND DES WIRTSCHAFTLICHEN
WANDELS IN DER WELT

1. Energiepolitik ist ein Thema, über das man heute nicht mehr unbefangen spricht. Es ist ein Thema, an dem sich die Sorgen und Ängste der Menschen unserer Zeit entzünden.

Selten war es möglich, ein Menschheitsproblem so eindeutig zu beschreiben. Es geht darum, Energie in ausreichendem Umfang bereitzustellen, um allen Menschen auf der Erde eine annehmbare Existenz und eine lohnende Zukunft zu sichern. Dazu wissen wir: Unsere Möglichkeiten, um dies mit herkömmlichen Energiequellen zu tun, werden bald erschöpft sein. Es steht nur eine kurze Zeitspanne zur Verfügung, um eine grosse Anstrengung zu unternehmen und Alternativen zu den traditionellen fossilen Energieträgern zu entwickeln.

Jährlich nimmt die Weltbevölkerung zu. In zwanzig Jahren werden auf der Erde 6,5 Milliarden Menschen wohnen. Wir können sie nur ernähren, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen verbreitert werden. Auch ein gewisses Mass an Fortschritt ist nötig, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Dazu brauchen wir Wachstum. Ein wie auch immer sorgsam überlegtes Wachstum ist ohne Mehrverbrauch an Energie nicht möglich. Drei bis vier Prozent Wirtschaftswachstum im Weltdurchschnitt sind ein Minimum. Schaffen wir es nicht, sind Katastrophen und Kriege nicht mehr auszuschliessen. Kriege nicht um Macht und Einfluss, sondern um das schlichte Überleben.

Wenn wir also Wachstum brauchen und dazu die nötige Energiemenge, dann wird unser Verbrauch an Öl, Kohle, Gas weiter ansteigen. Diese Quellen werden bei zunehmendem Verbrauch innerhalb eines Menschenalters erschöpft sein. Wir haben nicht viel Zeit. Der Übergang in eine Welt ohne Erdöl - das ist heute der noch immer bei weitem überwiegende Energierohstoff - muss jetzt anlaufen, wenn die Krise vermieden werden soll.

2. Dies ist die Lage. Freilich : Nicht die Ergebnisse der Wissenschaft, nicht die Prognosen der Experten haben die Menschheit aufgerüttelt. Wir müssen es zugeben : Erst die Preispolitik der Ölländer hat uns gezeigt, wie ernst und konkret die Gefahr ist. Hätte OPEC 1973 nicht ein Zeichen gesetzt, wären die Preise für Ölprodukte möglicherweise weiter gesunken. Sie hätten dann noch weniger den wahren längerfristigen Knappheitsverhältnissen entsprochen. Wir hätten den Energieschlen-drian fortgesetzt. Dann gäbe es heute wahrscheinlich kein Nordseeöl, keine Alaska-Pipeline, und Kernenergie wäre ein wissenschaftlicher Luxus ohne praktische Bedeutung, die Auszehrung der Kohle wäre nicht beendet worden.

Wie konnte es dahin kommen ? Wie war es möglich, dass wir innerhalb von 25 Jahren in diesen Energieengpass geraten sind ? Unsere Lage ist der Preis für 25 Jahre Fehlleitung durch den Markt. Ein schwerwiegendes Urteil. Wir werden es zu belegen haben. Was war es, was der Markt in diesen Jahren angezeigt hat ? Der Marktpreis hat uns 25 Jahre lang signalisiert, Öl ist billig, ist reichlich vorhanden, ist die sicherste Energiequelle der Welt. Wir haben diese Signale zum Nennwert genommen. Wir haben immer mehr Öl eingesetzt. Zum Beispiel in Deutschland. In 25 Jahren haben wir den Ölanteil am Energieverbrauch von 5 Prozent auf heute über 50 Prozent gesteigert.

Der Anteil der Steinkohle ging demgegenüber von 73 Prozent auf 14 Prozent zurück. Überall war das so. Wir haben die Weltwirtschaft der Nachkriegszeit auf Öl aufgebaut.

Heute wissen wir : Diese Meldung des Marktes war irreführend. Es war eine kurzfristige Meldung, die in gefährlicher Weise die Tatsachen der Zukunft übersah. Das hat zur Fehlleitung von Ressourcen geführt. Eine Fehlleitung unter den Voraussetzungen einer liberalen Ökonomie, die durch Mittel der Ökonomie allein nicht mehr rückgängig zu machen war. Die Korrektur geschah durch Politik. Die Korrektur findet seit 1973 statt. Es ist eine Korrektur, die weh tut, weil sie wirtschaftlich tiefgeht. Nicht nur die Konjunkturentwicklung ist betroffen, die gesamten Strukturen, unsere Produktions- und Verhaltensweisen sind in Frage gestellt. Es kann nicht anders sein, wenn innerhalb von sechs Jahren rund 800 Milliarden Dollar umverteilt werden. Das nämlich ist der Betrag der Nettoöleinkünfte der OPEC-Staaten seit 1973. Das Ergebnis einer Verzehnfachung der Ölpreise.

Es ist uns ergangen wie Spanien im 16. Jahrhundert. 75 Jahre lang wurde Spanien mit Edelmetallen aus den südamerikanischen Kolonien überschüttet. Der Zustrom hat dem Land einen goldenen Augenblick lang einen Platz an der Sonne beschert. Aber das unerwartete Ausbleiben der Schätze zwang Spanien zu Boden.

Wir wollen darauf hinwirken, dass das spanische Beispiel für uns nur im ersten Teile gilt. Wir sind durch den Zugang zu billigem, reichlichem Öl ebenso geformt worden wie Spanien durch den Goldstrom. Anders als Spanien können wir aber ein Ende erkennen und uns zur Umstellung entschliessen. Unterlassen wir es, unsere Wirtschaften umzustellen, so wird uns das gleiche Schicksal ereilen.

3. Die Auseinandersetzung um knappes Öl hat zu einer Politisierung der Weltenergiemärkte in mehrfacher Hinsicht geführt.

Eine Politisierung zunächst bei den Ölländern selbst. 95 Prozent der Weltexporte von Öl werden von den 13 OPEC-Staaten bestritten. Diese Länder handeln bei Produktion und Preisstellung kaum mehr nach den klassischen Regeln der liberalen Doktrin. Höherer Preis, grösseres Angebot gilt in Nahost schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Diese Länder sind um anderes besorgt. Sie wollen ihre Quellen vor allem zum Aufbau einer eigenen modernen Wirtschaft nutzen. Sie versuchen, Öl sparsam einzusetzen, um diesen Rohstoff möglichst lange zu erhalten und seinen Wert zu steigern. Damit dienen sie auch dem langfristigen Interesse der Weltwirtschaft. Aber die Befriedigung des heutigen Bedarfs, dieses Bedarfs, der von einer ständigen Steigerung unserer Produktion und des Konsums

./.

./.

herrührt, die Befriedigung dieses Bedarfes spielt dabei keine ausschlaggebende Rolle mehr. Einige Länder machen mit Öl Politik. Sie wollen Ziele der Aussenpolitik mit Hilfe der Gewährung oder Verweigerung von Öl erreichen. Alles in allem ein breiter Fächer von Motiven und Interessen, der für rein wirtschaftliche Überlegungen nur wenig Raum lässt.

Doch eine Politisierung der Energieversorgung gibt es auch bei den Verbraucherländern. Die Sicherung eines angemessenen Anteils an den knappen Quellen ist zum vorrangigen Gegenstand der Staatskunst geworden. Die Regierungschefs der mächtigsten Länder der Erde wenden dieser Frage einen grossen Teil ihrer Zeit und ihres Einflusses zu. Natürlich ist das kein Zufall. Wenn Energie versiegt, sind die Annehmlichkeiten unserer Fürsorge- und Luxusgesellschaften in Gefahr. Wir haben es erlebt, dass die Menschen darauf mit Unzufriedenheit und Unrast reagieren. Die parlamentarische Demokratie kann nicht mehr reibungslos funktionieren.

Wir wissen, wovon wir reden. In diesem Sommer konnten wir beobachten, wie sich eine stockende Benzinversorgung in einigen industrialisierten Ländern auswirkte. Friedliche Bürger nahmen Zuflucht zur Gewalt, um den dringend benötigten Treibstoff für ihre Fahrzeuge zu beschaffen. In den Vereinigten Staaten fielen die Meinungsumfragen für die Administration verheerend aus. Von der Versorgung mit Energie hängt der innere Frieden in unseren Ländern ab. Energie entscheidet über Arbeitsplätze, über das soziale Klima, den Verlauf der Wirtschaft, über Wahlerfolge und Stabilität von Regierungen.

./.

Niemand möchte mehr die Versorgung mit Energie dem Marktgeschehen allein überlassen. Es hat schon Beispiele für sehr konkrete Eingriffe gegeben. Im Frühjahr dieses Jahres haben die Vereinigten Staaten die Einfuhr bestimmter Mineralölerzeugnisse durch Gewährung von Subventionszahlungen erleichtert. Dadurch würde Einfluss auf Handelsströme genommen. Andere Länder fühlten sich in ihren Möglichkeiten beeinträchtigt. Eine bekannte Erscheinung : Je grösser die gemeinsamen Probleme, desto grösser die Meinungsverschiedenheiten.

Doch Hand aufs Herz. Im Grundmuster ist die Interessengemeinschaft der Verbraucherländer nicht gefährdet. Unsere Politik trägt Züge einer Widerstandsbewegung gegen die Ansprüche der Benachteiligten und den Wandel in der Welt. Was aber besonders bedenklich ist : Oft ist man sich darüber gar nicht im klaren.

Die Politisierung der Weltenergiemärkte erhält durch diesen Umstand eine weitere Dimension. Die Länder der Dritten Welt sind nicht länger bereit zu schweigen.

John Stewart Mill, später Karl Marx, nach ihm John Maynard Keynes haben die Wirtschaftsgüter in zwei Kategorien eingeteilt, nämlich in diejenigen, welche wirklich nötig sind, und in die, welche nur begehrt werden.

Das meiste, was uns in unseren Industriegesellschaften heute lieb und teuer ^{ist} gehört eher in die Kategorie der Wünsche und weniger in die der Bedürfnisse, gehört mehr in den Bereich des Geistes als des Körpers. Bei uns ist Armut doch oft etwas Relatives. Arm ist, wer im Vergleich zum Nachbarn weniger verdient. Arm ist, wer unerfüllte Wünsche hat. Ich will damit gar nicht sagen, dass diese Art der Armut weniger legitim oder für die Menschen weniger bedeutungsvoll ist.

Aber : Zwei Milliarden Menschen auf der Erde ringen noch um die Befriedigung der Bedürfnisse, die der ersten Kategorie von Gütern entsprechen. Zwei Milliarden Menschen kämpfen gegen Hunger und Krankheit. Dies sind absolute Bedürfnisse. Und ich meine, in einer humanen und gerechten Welt sollte es vornehmste Pflicht sein, die absoluten Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. Die Energie, die zur Befriedigung dieser absoluten Bedürfnisse nötig ist, steht heute auf dem Spiel.

Freilich : Auch bei den armen Ländern dieser Erde gehen die Hoffnungen und Wünsche über die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse hinaus. Seit Jahrzehnten haben sie begierig darauf gewartet, den Einstieg in die Erdölära mit ihren hilfreichen Kraftfahrzeugen, ihren Flugzeugen und Dieselschleppern zu erreichen. Diese Länder erkennen heute, es wird nicht gelingen. Sie werden niemals in der Lage sein, den grössten Teil der benötigten Energie aus dem Erdöl zu schöpfen. Die verfügbare Mengen sind knapp geworden, die Preise zu sehr gestiegen. Woher das Geld nehmen, wenn im nächsten Jahr ein Schuldenberg von 50 Milliarden Dollar zu finanzieren ist ?

Die Länder der Dritten Welt

wehren sich gegen die Benachteiligung. Sie fordern ihren Anteil an den Reichtümern dieser Erde. Sie tun dies mit den Mitteln der Politik vor den Foren der Weltmeinung, auf den grossen internationalen Konferenzen.

4. Die wachsende Politisierung unserer Wirtschaftsbeziehungen vor allem bei Energie ist ein Zeichen wachsender Anspannung. Alle versuchen wir, die eigenen Probleme zu lösen und Handlungsfreiheit nach innen und aussen zurückzugewinnen. Aber der gemeinsame Vorrat an Energiequellen ist knapp geworden. Uns geht auch das Geld aus, um teure Energie, um Öl, Gas und Kohle in ausreichenden Mengen einzukaufen. Die immer länger

werdende Ölrechnung verlangt allen Opfer ab. Die sozialen Lasten wiegen schwer. Die Fähigkeit der Umwelt schwindet, die Abfallstoffe der Energieerzeugung zu verarbeiten. Es läuft uns die Zeit davon, die wir zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten benötigen.

Ich glaube, wir dürfen ohne Übertreibung sagen, die Entwicklung bei Energie wird zum Testfall für den weiteren Gang der Weltgeschichte. Politisch und wirtschaftlich. Es wäre zu schlicht gedacht, den Olländern die Verantwortung allein aufzubürden. Sie können zuletzt nicht mehr verteilen, als im Boden steckt. Sicher, es wird darauf ankommen, wie die knappen Vorräte eingesetzt werden. Einer Politik plötzlicher drastischer Verteuerungen wird die Weltwirtschaft auf Dauer nicht standhalten. Eine solche Entwicklung gefährdet die Stabilität und den Frieden. Niemand, und am allerwenigsten die Förderländer selbst, haben ein Interesse daran. Doch wer Mässigung fordert, muss selbst glaubwürdig sein.

Wer über die Runden zu kommen hofft nach dem Motto : Jungs, es wird genug für alle da sein, und das heisst, dass die Leute, denen wir ein bisschen abknöpfen, das gar nicht so sehr vermissen werden; wer nach diesem Motto die notwendigen Anpassungen schmerzlos überstehen möchte, trägt nichts zur Lösung bei. Ein solches Verhalten bedeutet, dass wir den Energieverbrauch noch steigern und nach den alten Methoden der Vollbeschäftigungslehre weiterwirtschaften. Diese Politik erzeugt Inflation und gefährdet die Währungsruhe. Eine solche Politik mag populär sein; sie nimmt uns aber in den Augen der Olländer jede Glaubwürdigkeit. Schlimmer. Die Geldanlagen und Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder werden in Mitleidenschaft gezogen. Wir überfordern sie, wenn wir von ihnen im Interesse der Weltordnung und des Weltfriedens ^{trotzdem} freundliches Stillhalten und den weiteren Einsatz des kostbarsten Gutes verlangen, das diese Länder besitzen : ihres Erdöls.

Die Ölländer sind dazu nicht bereit. Es gibt warnende Stimmen im Lager der OPEC, die uns zur Mässigung^{beim Verbrauch,} bei den Preisen, bei der Währungspolitik auffordern. Es gibt auch bereits wieder Bewegung an der Preisfront. Kuwait und Mexiko haben Preisaufschläge beschlossen. Wir sind jetzt ganz nahe beim Preis von 25 Dollar pro Fass, der uns noch vor einem Jahr, als der saudische Ölminister Yamani ihn für 1985 in Aussicht stellte, ganz unvorstellbar erschien. 1985, das ist heute.

5. In einer Welt, in der Wirtschaft zunehmend zur Machtfrage geworden ist, müssen wir Europäer^{uns} die Frage gefallen lassen, wie wir die Zukunft zu meistern gedenken. Immer in der Geschichte unserer Völker war die Neigung zur Eigenständigkeit stark, die Bereitschaft zu solidarischem Handeln geringer ausgeprägt.

Dies ist heute kein Ausweg mehr. Europa als Archipel seliger Inseln ist eine Illusion. So werden wir in den künftigen Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Märkte nicht bestehen können. Auch in Europa selbst sind wir viel zu eng zusammengewachsen. Wirtschaftlich sind wir alle Nachbarn. Irland, Belgien, Holland, Luxemburg erwirtschaften über die Hälfte ihres Sozialprodukts im Aussenhandel. Auch in Deutschland wird rund ein Viertel im Wirtschaftsaustausch erarbeitet. In dieser Gemeinschaft produzieren 260 Millionen Bürger im Schnitt ein Viertel ihrer Industrieerzeugnisse, ihrer Agrargüter und Dienstleistungen für das Ausland, und das bedeutet, ein Viertel ihres Einkommens ist vom Ausland abhängig. Dieses entscheidende Viertel Einkommen, das über Wohlstand oder wirtschaftlichen Ruin entscheidet, ist gefährdet, wenn wir energiepolitisch in Europa versagen. Gerät auch nur ein Partner in Schwierigkeiten, leiden alle andere.

Wir wissen heute : Das Energieproblem ist kein deutsches oder französisches oder italienisches Problem. Versorgung mit sicherer Energie geht uns alle an. Wer das nicht begreift, hat von vornherein verspielt. Wir brauchen ein gemeinsames Konzept. Aber wir sind nicht naiv. Europäische Energiepolitik muss auf sehr unterschiedliche Ausgangslagen und Interessensituationen passen. Sie muss auch den Bestand des Ganzen fördern. Wir wollen keine zentralverwaltete europäische Energiepolitik. Sie wäre nicht durchführbar. Wir brauchen aber gemeinsame Ziele. Wir brauchen eine finanzielle Solidarität, und wir brauchen Geschlossenheit nach draussen.

Diese Politik haben wir in Ansätzen bereits verwirklicht. Wir sind mit dieser Politik bisher gut gefahren. Der grosse Wirtschafts- und Energieverbund des Gemeinsamen Marktes ist auch auf den Höhepunkten der Ölkrisen nicht auseinandergebrochen. Es sind uns beachtliche Ergebnisse gelungen, um unsere Abhängigkeit von Öleinfuhren zurückzuschrauben und mehr Wachstum mit weniger Energie zu erzeugen. Wir haben unsere eigene Erdgas- und Ölproduktion steigern können.

Wir dürfen mit dem Erfolg erst dann zufrieden sein, wenn wir unsere Handlungsfreiheit zurückgewonnen haben. Wir müssen wieder auf den eigenen Füßen stehen. Die besten Aussichten, dies zu erreichen, haben wir kurzfristig, wenn wir durch Einsatz aller Möglichkeiten noch mehr Energie einsparen. Wir haben schon viel getan. Aber es gibt noch grosse Reserven. Wenn wir bei uns alle Vergeudung ausschliessen, wenn wir den Einsatz der Energiequellen und die möglichen Verwendungsweisen bestmöglich aufeinander abstimmen, dann können wir den Energieverbrauch in der Industrie um 15 bis 30 Prozent, im Verkehrsbereich um 20 bis 35 Prozent und bei den Haushalten um bis zu 50 Prozent verringern. Wenn uns das gelingt, können wir jährlich 20 Milliarden Dollar sparen.

Wir haben uns dieses Ziel in der Europäischen Gemeinschaft gesetzt. Wir wollen es erreichen, um unsere Öleinfuhren auf der jetzt festgestellten Niveau einzufrieren. Wir wollen auch jährlich nicht mehr Öl verbrauchen und trotzdem ein ausreichendes Wirtschaftswachstum von 3 bis 4 Prozent ermöglichen.

Wir werden in der Europäischen Gemeinschaft den nötigen Rahmen schaffen, damit es in allen Mitgliedstaaten lohnt, in der Industrie energiefreundliche Produktionsverfahren einzusetzen, Gebäude besser zu isolieren und wirkungsvoller zu beheizen, damit Automobile gebaut werden können, die sparsam mit Benzin umgehen.

Wir werden hierfür sehr grosse Mittel brauchen, die wir an anderer Stelle der Verwendung des Bruttosozialprodukts einsparen müssen. Aber diese Mittel werden ihrerseits für neue Arbeitsplätze und für zusätzliches Wachstum sorgen.

Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft Programme entwickelt, die eine rasche Umstellung vom Öl auf versorgungspolitisch günstigere Quellen ermöglichen. Dazu gehört die heimische Kohle, und dazu gehört auch in gewissem Umfang Kernenergie. Freilich, auch in der Europäischen Gemeinschaft werden die traditionellen Brennstoffe zur Neige gehen. Um der Energieverknappung kurz- oder langfristig beizukommen, müssen wir die Entwicklung erneuerbarer Quellen mit aller Macht vorantreiben. Eine kluge Strategie muss dahin führen, dass wir auf solche Energieformen bauen, die sich allein aus ewig verlässlichen Quellen schöpfen. Ein Beispiel ist die Solartechnologie.

In Europa nehmen wir Energievorsorge ernst. Wir stecken heute fast 70 Prozent unserer Forschungsgelder - etwa 440 Mio DM - in die Energieforschung. Auf dem Gebiet der Fusionsforschung sind wir führend. Wir fördern die Finanzierung von Demonstrationsvorhaben, um die Markteinführung neuer zukunftsweisender

Energiotechnologien zu erleichtern. In den nächsten Jahren werden wir dafür 400 Mio DM einsetzen, ein Drittel davon für die Gewinnung von Öl, Benzin und Gas aus Kohle.

In unseren Aussenbeziehungen setzen wir alles daran, um die Sicherheit der Versorgung zu steigern. Wir suchen den Dialog mit den Förderländern, weil wir darauf vertrauen, dass kein Land dieser Erde ein Interesse daran hat, die mühsam errungener Früchte einer gemeinsamen Entwicklung durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft aufs Spiel zu setzen.

6. Noch vor wenigen Jahren wäre diese Gemeinsamkeit bei der Energiesicherung in Europa kaum möglich gewesen. In unseren Verträgen kommt Energiepolitik kaum vor. Was wir geschaffen haben, ist eine politische Leistung, die aufbaut auf Einsicht, Reife und Entschlossenheit. Sicher, noch vieles bleibt zu tun. Das gemeinsame Konzept ist erst ein Fresko. Manchen mag es schwerfallen,^{an} weitere Fortschritte und eine durchgreifende Besserung zu glauben. Diesen möchte ich mit dem Ausspruch eines europäischen Ministerpräsidenten antworten: "Wir schaffen es vielleicht nicht, in den Himmel zu kommen. Aber wir werden den Versuch machen, der Hölle zu entgehen."